

Unterrichtung

Hannover, den 28.04.2021

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Forschung in Niedersachsen stärken - Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen und handeln

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/6825

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 18/9086 Nr. 1

Der Landtag hat in seiner 106. Sitzung am 28.04.2021 folgende Entschließung angenommen:

Forschung in Niedersachsen stärken - Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen und handeln

Die COVID-19-Pandemie stellt Niedersachsen vor erhebliche Herausforderungen. Die Auswirkungen auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben sind vielfältig und in ihrer Dauer nicht kalkulierbar. Solange die erfolgreiche medikamentöse Behandlung und eine für alle Altersgruppen zur Verfügung stehende Impfung gegen das COVID-19-Virus nicht möglich sind, müssen wir die gemeinsame Kraftanstrengung der Eindämmung fortsetzen. Mit Blick auf das exponentielle Wachstum der Infektionen wird deutlich, dass Diagnostik, Prognosefähigkeit und Krisenplanung besser auf kurzfristigen und tiefgreifenden Handlungsbedarf vorbereitet werden müssen. Je früher klar ist, welche Schritte eingeleitet werden müssen, um der Ausbreitung eines lebensbedrohlichen Virus zu begegnen, desto effektiver und schneller können die notwendigen Handlungsschritte vollzogen und negative Folgewirkungen auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben minimiert oder gar ausgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere für neue und unzureichend erforschte Virustypen. Die nun festgestellten neuen Mutationen des COVID-19-Virus machen diese Notwendigkeit sehr deutlich.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag,

- dass aus Mitteln des Nachtragshaushaltes 2020 16 niedersächsische Forschungsprojekte zur COVID-19-Pandemie im Volumen von 16,2 Millionen Euro gefördert werden,
- dass mit dem Corona-Forschungsnetzwerk (COFONI) erste Schritte unternommen wurden, um die Infektionsforschung in Niedersachsen nachhaltig zu vernetzen,
- die Anpassungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auf Bundesebene, um Angehörige des akademischen Mittelbaus bei der Bewältigung pandemiebedingter Verzögerungen, beispielsweise bei Promotions- und Habilitationsvorhaben, zu unterstützen.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die Forschungsaktivitäten niedersächsischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen (u. a. zur Entwicklung eines Impfstoffes, von Medikamenten und Herstellung von Antikörpern) weiterhin zu unterstützen und zu prüfen, ob beziehungsweise wie die Förderung bedarfsgerecht ausgebaut werden kann, um damit die niedersächsische Expertise bei der Infektionsforschung zu erhalten sowie nachhaltig weiterzuentwickeln und dabei innovative Projekte besonders zu berücksichtigen,
2. im Zuge des Ausbaus der Pandemieprävention auf Bundes- und Landesebene darauf hinzuwirken, den Aufbau von Strukturen und Mechanismen - orientiert am Beispiel COFONI - zu unterstützen sowie die Forschungsaktivitäten zu Beginn einer Pandemie konzertant und interdisziplinär zu bündeln, damit laufende Forschungsergebnisse zusammengeführt und während der Pandemie koordiniert werden können,

3. dafür zu sorgen, dass in einer Pandemie neben der viralen Infektionsforschung auch zeitnah die Brücke zur Industrieproduktion geschlagen werden kann,
4. die Vernetzung von verschiedenen Disziplinen in Pandemiezeiten so zu fördern, dass neben infektiologischen Disziplinen auch soziale und wirtschaftliche Auswirkungen in der Pandemie betrachtet werden, um ein systematisches Risikomanagement betreiben und gesellschaftliche Folgen berücksichtigen zu können, und
5. bei Forschungsaktivitäten niedersächsischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf die verstärkte Anwendung des 3R-Prinzips (Reduce, Refine, Replace) als ethischen Handlungsgrundsatz für die Forschung mit Tieren zu drängen oder dort, wo eine Forschung ohne Tierversuche möglich ist, diese vorzuziehen.